

Die Wiener Wahl im Flüchtlingsstrom Und in der Schweiz Und Deutschland?

Eine Analyse der politischen Situation

1) Die Landtagswahl in Wien

am 11.10.2015 war gekennzeichnet durch die **Polarisierung auf zwei Parteien, die SPÖ und die FPÖ.**

Diese Polarisierung war in der Flüchtlingsfrage begründet und hatte eine Erhöhung der Wahlbeteiligung auf 74,8% zur Folge (plus 7,1%!).

Im Ergebnis haben SPÖ bei 39,6% mit 4,8% eben so viel verloren wie die ÖVP mit 9,2%: gewonnen haben die rechte FPÖ (30,8%) und am meisten die liberalen NEOS (+6,2%)¹

Die Wählerwanderungsanalysen zeigen, dass sowohl die SPÖ wie auch die FPÖ aus dem Nicht-Wählerreservoir zugewonnen haben.

Die SPÖ hat am stärksten an die FPÖ verloren, während die vergleichbaren Verluste der ÖVP zu ähnlichen Teilen den liberalen NEOS, der FPÖ und der SPÖ zugeflossen sind.

Die Grünen haben sich bei 11,8% stabil gehalten (-0,8%), weil sie Verluste an SPÖ und NEOS aus dem Nichtwählerreservoir kompensieren konnten.

Was kann man daraus lernen?

- Die Flüchtlingsfrage polarisiert
- Die Rechte profitiert
- Die konservative Mitte (ÖVP) wird zwischen den „Großen“ zerrieben; das hat sie mehr als ein Drittel ihrer Stimmen vom letzten Mal gekostet!
- Die Rechte (FPÖ) gewinnt in den weniger gebildeten und ärmeren Schichten, nicht bei den Jüngeren
- Die Sozialdemokraten gewinnen noch einmal (auch die Jungen!), aber eher als das geringere Übel im Zweikampf.

¹ Dies Ergebnis ist keine Eintagsfliege: In der Steiermark haben vor 5 Monaten SPÖ und ÖVP ebenfalls gleichviel (9%!) verloren und FPÖ 16% gewonnen. In Oberösterreich vor 2 Wochen haben SPÖ 6,6% und ÖVP 10,4% verloren an FPÖ, die um 15% auf 31% verdoppelte.

2) Die Nationalratswahl in der Schweiz

am 18.10.2015 hat ebenfalls einen allerdings **kleinen Rechtsruck** ergeben. Insbesondere die Ausländer- und EU-feindliche SVP hat noch einmal 2,8% gewonnen, also jetzt 29,4% erreicht. Das ist weniger als erwartet: die SVP lag vor 2011 schon einmal bei 29% und bereits 1999 als stärkste Partei bei 22,6%. Nach Abspaltung eines liberaleren Teils als BDP verlor sie 2011 2%, die BDP gewann damals „aus dem Stand“ 5,4%, wovon sie nun 1,3% wieder verlor. Alle anderen Parteien blieben ziemlich stabil, insbesondere auch die zweitstärksten Sozialdemokraten bei 18,8%.

Das Ergebnis wird der SVP wahrscheinlich 2 statt wie bisher 1 Sitz in der 7-köpfigen Bundesregierung verschaffen. **Es steht zu erwarten, dass sich die Schweiz noch stärker als bisher von Europa abriegeln wird;** die SVP fordert die Wiedereinführung eines eigenen Grenzschutzes.

Ein Wahlkampfkonzept der SVP war auch die Polarisation: Man sagte, es gebe nur 2 Parteien: wir, die Schweizer Volkspartei, und „die anderen“.

Auffällig ist, dass die SVP nur in den deutsch-sprachigen Kantonen zumeist klar vorne liegt. Die Sozialdemokraten sind im Tessin, in Waadt, Genf, Neuchâtel und Jura stärkste Partei, auch in Basel-Stadt.

Bemerkenswert ist auch die **wiederum geringe Wahlbeteiligung von 48,4%**. Dies spricht nicht dafür, dass mehr direkte Demokratie zu mehr Wahlbeteiligung führt, wie in Deutschland häufig behauptet.

3) Auf Deutschland mit größter Unsicherheit übertragen

ist der FPÖ entsprechend mit einem weiteren Zuwachs der AFD zu rechnen, die wie ein Staubsauger das Lager der Flüchtlingsabwehr vereinen wird, also auch NPD, Repe, Pegida etc..

Die Konzentration auf einen Gegenpol gibt es in Deutschland nicht.

Ideologischer Gegenpol ist bisher das Lager um Frau Merkel (Teile der CDU plus GRÜNE).

Kürzester Ausdruck dieser **Polarisation ist Merkels „Wir schaffen das“ und die AFD-Antwort „Wir wollen das gar nicht schaffen“.**

Dazwischen lavieren mit unklaren Positionen Teile der CDU und die SPD. Ziemlich unehrlich ist dabei die Diskussion um **Obergrenzen**, weil dabei nicht gesagt wird, dass **jenseits einer solchen Obergrenze eben doch Mauern und Zäune errichtet und bewacht werden müssen.**

Die CSU versucht eine Position dicht bei der AFD, wenn es um Abwehr weiterer Flüchtlinge geht, und dicht bei den Koalitionspartnern, wenn es um die anständige Behandlung/Integration der bereits aufgenommenen Flüchtlinge geht.

Von der Linken ist nichts Prononciertes zu hören – wahrscheinlich, weil ihre ost-deutsche Basis zu großen Teilen eher zur AFD/Pegida-Position neigt als humanitären Kanzlerinnen-Position.

D.h. in Deutschland wird es auf absehbare Zeit zwar Polarisation geben, aber keine Dualität wie in Wien!

4) Die deutsche Polarisation

kommt wie in Österreich und der ganzen EU aus der offenkundigen Wehrlosigkeit gegenüber Flüchtlingsströmen der derzeitigen Größenordnung.

Unser Rechtssystem, insbesondere das EU-Asylrecht sowie die Genfer Flüchtlingskonvention, hat jedem Bewohner der Erde das Recht gegeben, sobald er auf EU-Territorium steht, sein Aufenthaltsrecht in der EU in Einzelfallbetrachtung prüfen zu lassen und ggf. Rechtsmittel gegen eine Ablehnung zu versuchen. Dazu haben wir offene Grenzen im Schengenraum und drum herum keine effektive Grenzsicherung.

Dass Deutschlands guter Ruf und Wohlstand auch noch wie ein Magnet die Flüchtlingsströme auf sein Territorium zieht, kommt hinzu.

Daher läuft die Trennlinie zwischen den humanitären Idealisten einerseits, die die resultierenden Flüchtlingsströme als unabwendbares Schicksal und Herausforderung sehen (Merkel: Es gibt keine Obergrenze) und jenen, die von Abwehrmaßnahmen und Obergrenzen, Hot Spots und Schnellverfahren unmittelbar an der Grenze (z.B. Transitzonen nach dem Vorbild der Flughäfen) sprechen, die ohne Veränderung der Gesetze kein Gericht billigen könnte.

Dazwischen versucht z.B. die SPD ihre Konzeptverlegenheit durch Sätze wie „Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen“ zu übertünchen – ein Satz, den auch die Kanzlerin nie auslässt. Konsequenz dieser Haltung ist die neue Fixierung auf die Türkei als Flüchtlings Schleuse. Der dortige Autokrat Erdogan wird nun versuchen, Vorteile und Solidarität für sich und seine Untaten zu erpressen – über die berechtigte Forderung hinaus, finanziell bei der Unterbringung, Verpflegung etc der 2 Mio. Flüchtlinge auf türkischem Boden zu helfen.

Da aber für die Bevölkerung auf Dauer weder die Wehrlosigkeit noch die Abwehrmaßnahmen oder gar militärisch bewachte Grenzen akzeptabel sind, müsste das Rechtssystem geändert werden. Mit hoher Wahrscheinlichkeit hat bei der Schaffung des Asylrechts oder der Genfer Flüchtlingskonvention niemand an interkontinentale Völkerwanderungen gedacht, sondern an verfolgte Gruppen, die es in kleiner Zahl ins rettende Ausland geschafft haben.

Da ein politischer Wille und eine entsprechende Mehrheit für solche Änderungen zurzeit nicht in Sicht sind, wird Frau Merkels leicht veränderter Satz die Zukunft bestimmen:

„Wir haben das zu schaffen!“

Vielleicht schaffen es Deutschland und seine Nachbarn dabei auch, die braune Suppe, die AFD/Pegida, Jobbik, FN, LEGA, UKIP, SVP und andere kochen, nicht aus dem Drucktopf zu lassen, WEHE WENN NICHT!

Ich habe jedenfalls ganz persönlich keine Angst vor 1 oder 2 Mio. Flüchtlingen, aber:

Angst habe ich vor der Reaktion unserer Bevölkerung!

Gerd Eisenbeiß, 19.10.2015